schwarzes kleeblatt

~ Ausgabe 12 - Januar/Februar 2013 ~

... für eine Hand voll Bildung

Anarchosyndikalistisches Magazin

Bildungshunger...

... scheint es kaum noch zu geben. Schon wenige Jahre Schul- oder Universitätsalltag verderben vielen Menschen den Appetit. Kein Wunder, dass „Bulimielernen" längst gang und gäbe ist. Wenn nach dem Motto: „Gegessen wird, was auf den Tisch kommt" unterrichtet wird, liegt der Gedanke nun mal auch nicht fern, sich den ungeliebten Stoff im Eiltempo zu Gemüte zu führen, um ihn dann noch unverdaut zu Klausurzeiten auf's Papier zu „bringen".

„Friss oder stirb!" so könnte überspitzt gesagt die Parole in einem Bildungssystem lauten, das Lerninhalte diktiert, um dann mangelndes Interesse mit mangelhaften Noten zu bestrafen. Es ist mit den Lehrplänen letztlich wie mit den Essensplänen – es bleiben nur wenige Optionen übrig: Entweder man lässt sich den Fraß gefallen – in Hoffnung auf einen seltenen leckeren Brocken – oder man verweigert und bekommt früher oder später nichts mehr hingestellt. Um sich wirklich in diesem Bildungssystem wohl zu fühlen, müsste man schon ein Allesfresser sein.

Aber gibt es eigentlich auch Formen, die es uns ermöglichen, Bildung zu genießen? Stellen wir uns diese Frage etwas abstrakter und vergleichen Bildung mal mit Rosenkohl: Für viele ist Rosenkohl eines der abstoßendsten Gemüse. Liegt das am Rosenkohl selbst – an seinem bitteren Geschmack – oder liegt es vielmehr daran, dass er uns allzu oft mit einem: „Es gibt heut nichts anderes!" verkocht und farblos auf den Teller geklatscht wurde? Ob man Rosenkohl auch so zubereiten kann, dass er potentiell jedem schmecken könnte, fragen sich – jedenfalls in einem gewissem Sinne – die Artikel: „Freie Alternativschulen" (S. 3) und „Wir wollen selbst entscheiden" (S. 8). Sie verweisen auf alternative Rezepte, die uns sogar Möglichkeiten zum Mitkochen bieten.
Methoden, wie man schon jetzt um den alltäglichen Rosenkohl des deutschen Bildungssystems herum kommen kann, eröffnet uns ein ganz praktischer Artikel zur „Hausaufgabenbörse" auf Seite 7. Dass sich der Geschmack von grundlegend falsch zubereiteten grünen Kreuzblütengewächsen – Rosenkohl – auch mit ein bisschen Würze nicht retten lässt, das versucht uns der Artikel „Hauptsache Reformieren?" (S. 6) nahezulegen.
Wie spanische StudentInnen und DozentInnen darauf reagieren, wenn Bildung zur Beilage erklärt wird, weil einigen wenigen die Kosten für ihre Völlerei bezahlt werden soll, das stellt euch der Artikel „Von der Uni auf die Straße" (S. 5) vor. Und was für eine „Unruhe in Betrieben und Berufsschulen" herrschte, als es Lehrlinge und Auszubildende mal endgültig satt hatten, erfahrt ihr auf Seite 9.

Kulinarisches gibt es aber nicht nur sinnbildlich: Hinzuweisen bleibt uns noch auf unseren Tresen am 19. Januar, bei dem wir nicht nur vegan für euch kochen, sondern euch auch ein Programm passend zu dem hiesigen Schwerpunktthema „Bildungspolitik" bieten. Näheres dazu wird die Bildungs AG auf unserem Blog veröffentlichen.

Zu guter Letzt sei den AutorInnen der Artikel noch herzlich zu danken und euch ein „Bon appetit!" beim Schmökern in dieser Ausgabe zu wünschen.

Die Redaktion des Schwarzen Kleeblatts





Eine Alternative zum allgemeinen Leistungszwang?

„Einmal habe ich Lederreste mit in die Schule gebracht. Die Kinder wussten gleich, was sie damit machen wollten und hatten überhaupt kein Bedürfnis, eine Anleitung von mir zu bekommen. Nur ein Kind, das von der Regelschule zu Besuch war, wollte immer wieder wissen: „Was soll ich machen?“ und „Wie soll ich es machen?“ Ich sagte: „Du kannst es so machen, wie du möchtest.“

Eine andere Pädagogik

Es erzählt Beate Hillert. Sie spricht von ihrer Zeit als Lehrerin an der „Freien Schule Tempelhof“, wo sie von 1989 bis 2002 als Lehrerin tätig war. Auch wenn sie ihren Beruf nun schon so lange ausübt, merkt man ihr deutlich an, dass sie von dem, was sie tut, nicht nur überzeugt, sondern auch begeistert ist. Das Konzept heißt „Freie Alternativschule“ und findet in den letzten zwanzig Jahren immer mehr Anhängerinnen und Anhänger. Hillert kann sich nicht vorstellen, an einer „Regelschule“ zu arbeiten. Was ist es, was sie so überzeugt? Was sind die Unterschiede? Was soll eine „Freie Schule“ sein und was eine „Regelschule“? Mit Regelschule meint Hillert den normalen Schulalltag, wie wir ihn täglich erleben oder erlebt haben. Wie wir diesen wahrnehmen, ist schnell beschrieben:
Euphorie bei der Einschulung wechselt in wenigen Jahren zur anstrengend täglichen Quälerei. Spätestens mit dem ersten Monat am Schreibtisch vor den Hausaufgaben, gekrönt von der fünf in der Klassenarbeit. Als Folge der Zorn der Eltern, Angst vor der nächsten Stunde, der Zwang zu lernen, was die meisten nicht im Mindesten interessiert.
Das Konzept der „Freien Alternativschulen“ ist von Grund auf anders. An die hundert gibt es in Deutschland, organisiert im „Bundesverband der freien Alternativschulen“. Es gibt weder Hausaufgaben, noch Prüfungen oder Zensuren. Der Grundgedanke ist, die Schülerinnen und Schüler spüren zu lassen, dass Bildung etwas Positives ist, was Spaß macht. Auch sollen Unterrichtsinhalte frei gewählt sein, wodurch von Wurzelziehen bis Pokemon alles möglich ist. Es geht also nicht nur um Bildung im engeren Sinn, sondern auch um das Heranwachsen und die Persönlichkeitsbildung.

Am praktischen Beispiel

Beate Hillert unterrichtet inzwischen an einer anderen Alternativschule, der „Freien Schule am Mauerpark“ (ehemals „Freie Schule Prenzlauer Berg“). Die Schule existiert aufgrund einer Elterninitiative in den 1990er Jahren und bietet inzwischen seit 1996 ein anderes Konzept von Bildung und Erziehung. Sie hat dank Elternbeiträgen und geringeren Gehältern das komfortable Verhältnis von 10 Lehrerinnen und Lehrern zu 63 Lernenden. In der Ganztagsschule versucht man Eltern und Kindern auf reformpädagogischen Prinzipien ein alternatives Heranwachsen zu bieten – bis zur sechsten Klasse. Beginnen tut jeder Tag mit der Morgenrunde. Getrennt in erste bis dritte, sowie vierte bis sechste Klasse besprechen LehrerInnen und Kinder was ansteht. Bei den „Kleinen“ kann auch Musik und Vorlesen Teil der Morgenrunde sein. Der Unterricht erfolgt viel durch betreute Freiarbeit. Es gibt aber auch „Verabredungen“, die so genannt werden, weil sie auf möglichst freiwilliger Basis geschehen sollen. Hier können Kinder sich mit Lehrerinnen und Lehrern regelmäßig treffen, um möglichst alles zu lernen, was sie sich wünschen. Dabei sind Deutsch, Mathematik und Englisch Pflichtfächer. Ansonsten werden aber auch allerlei herkömmliche sonstige Fächer angebo-



ten und darüber hinaus kreative Projekte wie Clowns, Drucken oder der „Werkstatt-Tag“.
Wenn ein Kind Verabredungen nicht einhält oder in der Freiarbeitszeit nicht arbeiten möchte, wird nicht bestraft, sondern als erstes das Gespräch gesucht. Zunächst noch mit dem Kind selbst. Wenn sich jedoch keine Lösung finden lässt, wird mit den Eltern gesprochen. Der einzige Grund, aus dem Sanktionen verhängt werden können, ist ein persönlicher Konflikt. Jedes Kind hat jederzeit das Recht, ein Gespräch zur Klärung eines Problems mit einem anderen einzufordern. Hilft das nicht, so kann die Schülerin oder der Schüler eine gelbe Karte vergeben. Zwei gelbe Karten führen zu einer roten Karte. Erhält ein Kind eine rote Karte, muss es einen Tag zu Hause bleiben. Das würde allerdings nur sehr selten passieren, sagt die 52-jährige (man duzt sich grundsätzlich). „Meistens hilft das Gespräch“.
Die einzige Bewertung erfolgt über einen längeren Brief an das einzelne Kind jährlich, bzw. einen „Entwicklungsbericht“ in der 6. Klasse, der von den Lehrerinnen und Lehrern zu den Schülerinnen und Schülern verfasst wird.

Freuden und Probleme
Die Lehrerin für Deutsch und Englisch freut sich immer wieder über das, was sie bewirkt. „An einer Regelschule hast du gar nicht die Zeit, gar nicht die Möglichkeit, was zu probieren“ meint sie. An freien Schulen hätten die Lernenden die Chance, „sich zu entwickeln oder zu finden, was sie überhaupt wollen“.
Beate wirkt stolz und froh, wenn sie von ehemaligen Schülerinnen und Schülern erzählt, die mal wieder zu Besuch kommen. „Das sind dann richtig tolle Persönlichkeiten, die wissen, was sie mit ihrem Leben wollen“ schwärmt sie. Auch der Wechsel auf die weiterführende Schule ist selten ein Problem. Viele Abgänger und Abgängerinnen gehen auf Gymnasien.
Nicht zu unterschätzen seien jedoch die Herausforderungen, die die Freie Schule an die Eltern ihrer Absolventen stellt. Die Erziehenden müssten „mitlernen“ und damit umgehen können, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden. Auch sei ehrenamtliches Engagement immer gefragt, zum Beispiel im Vorstand, beim Putzen und bei Renovierungsarbeiten. So wurde das Schulgebäude 2004 vor allem durch Elternarbeit saniert. Auch gebe es manchmal Schwierigkeiten mit einzelnen Schülerinnen und Schülern. „Manche Kinder brauchen oder wünschen sich mehr Strukturen und klarere Ansagen“, so Beate Hillert.



Auch kann Entscheidungsfindung im „Team“ (bestehend aus LehrerInnen, ErzieherInnen, Diplom-PädagogInnen, aber auch bspw. einem Architekten und zum anderen zwei Mitarbeiterinnen im Büro, einer Hausmeisterin, einer Putzfrau und einem Koch) manchmal lange dauern, „insbesondere, wenn ein Konsens gefunden werden soll und die Wünsche der Kinder mit einbezogen werden“. Alle wichtigen Entscheidungen werden per Abstimmungsmodus getroffen, müssen dann aber auch von allen umgesetzt werden.

Für die Zukunft?
Eine Verallgemeinerung des Projekts Freie Schule hält die Lehrerin aus verschiedenen Gründen für problematisch. Sie glaubt, dass ältere Schüler etwas mehr Regeln brauchen. In der Pubertät seien viele nicht mehr so erpicht auf Schule, meint sie. Wobei doch zu bedenken bleibt, ob das nicht gerade an den festen Strukturen unseres Bildungssystems liegt. Wer weiß, ob Bildung vielleicht mehr zu einem positiven Begriff unter Jugendlichen werden könnte, wenn sie nicht mehr von oben diktiert und auf Leistung fixiert, sondern eben selbst gewählt und hierarchiefrei organisiert wäre.
Auch auf die Frage, ob eine vergleichbare Schule auch mit einem kleineren Lehrer-Schüler-Verhältnis möglich wäre, lautet klar „nee“. Die Heranwachsenden bräuchten die Möglichkeit, auch mal ein Teammitglied für sich selbst zu beanspruchen. Eine individuelle Zuwendung sei nur mit so vielen Lehrkräften möglich.
Darüber hinaus möchte ich als Schüler die Frage stellen, ob eine Pädagogik in dieser Form überhaupt in unser derzeitiges Wirtschaftssystem passt. Geht es doch hier gerade darum, die Menschen zunächst nach Verwertbarkeit zu sortieren und anschließend meistbietend am Arbeitsmarkt zu versteigern? Hierbei sind Zensuren praktisch. Sie helfen, den Menschen zu einer Zahl zu machen, die ein Computer verrechnen kann. Wenn man also konsequent weitergeht, müsste man auch hierfür eine Lösung finden. Dies ist aber schwer zu vereinbaren mit dem Grundgedanken, dass ein Mensch immer nach Leistung bezahlt werden muss. Dennoch, ja vielleicht gerade deshalb, zeigen freie Schulen in jedem Fall eine pädagogische Perspektive hin zu einer hierarchiefreien Welt. SK





Von der Uni auf die Straße

In Spanien entwickelt sich eine neue Form des Bildungsprotests

Die spanische Regierung hat für 2013 weitere Einsparungen von 40 Milliarden Euro angekündigt. Besonders betroffen sind das Gesundheits- und Bildungswesen. Gegen diese Maßnahmen hat es Ende November wieder Proteste gegeben, wobei es neben der herkömmlichen Protestform der Demonstration auch zu einer relativ neuen Form des Aufmerksamkeit Erregens kam.

Am 28. November versammelten sich in ganz Madrid Studierende und Lehrende, um die weiteren Kürzungen im Bildungsbereich und den Verfall des öffentlichen Bildungssystems anzuprangern. Dazu verlagerten sie die Lehrveranstaltungen in die kalten Straßen Madrids. Ähnliche Aktionen hatte es im gesamten Jahr 2012 schon in anderen Regionen Spaniens gegeben, so schrieben bspw. im April Psychologiestudierende aus Salamanca, einer Provinz im Nordwesten Spaniens eine Prüfung auf der Straße, um gegen die Kürzungen zu protestieren.

#28N – Ein weiterer Aktionstag in Madrid

Dieses Mal war vor allem die größte Uni Spaniens, die Universidad Complutense beteiligt, die von massiven Kürzungen betroffen ist und deswegen unter anderem einige ihrer Fakultäten im nächsten Jahr nicht mehr öffnen kann.

Rund 130 ProfessorInnen verschiedener Universitäten hielten Vorträge zu unterschiedlichen Themen auf öffentlichen Plätzen, aber auch in Cafés und Bibliotheken. Dabei ging es in einigen zwar um die Krise und auch um öffentliche Bildung, andere Lehrveranstaltungen beschäftigten sich jedoch auch mit Themen wie Malaria oder Astronomie und sogar Express-Sprachkurse wurden angeboten. Neben mehreren Tausend Studierenden wurden auch PassantInnen von dem breit gefächerten und kostenlosen Angebot angelockt, die Reaktionen waren überwiegend positiv. Viele sind der Meinung, dieser Aktionstag sei eine konstruktive Methode, um auf die Missstände des Bildungssystems und die massiven Kürzungen hinzuweisen.

„La complu" und ihre Forderungen

Verantwortlich für diesen Aktionstag war die Initiative „La complu en calle" (dt. „Die Complutense auf der Straße"). Denjenigen, die hinter der Kampagne stehen, geht es darum, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass gute öffentliche Universitäten, die alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, besuchen können, unabdingbar sind für eine demokratische und fortschrittliche Gesellschaft.

Weiterhin sind sie der Meinung, dass eine ganze Generation junger Menschen durch die wirtschaftliche Lage Spaniens bedroht ist und kritisieren, dass die Universitäten zunehmend im Dienste der Banken und Konzerne stehen. Sie fordern deswegen mehr Mitbestimmungsrechte und Reformen im universitären Bildungssystem, damit Hochschulen wirklich demokratisch und von sozialem Nutzen sein können.

Eine weitere zentrale Forderung ist die nach besseren Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, denn selbst die (noch) verhältnismäßig gut situierten ProfessorInnen sind mit Einsparungen konfrontiert und müssen bspw. selbst für Kopien und Druckertoner aufkommen, ganz zu schweigen von den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen etc.

Solidarische Kämpfe in ganz Spanien

Bei allen Sparmaßnahmen ist besonders das Bildungssystem bedroht, in den Schulen sollen die Klassen größer und die LehrerInnen weniger werden. Insgesamt sollen 2013 weitere 7 Milliarden Euro eingespart werden.

Das und die schon jetzt herrschende Jugendarbeitslosigkeit von rund 50% nehmen jungen Menschen in Spanien jegliche Perspektive. Selbst gut ausgebildete junge AkademikerInnen wissen oft nicht, wie sie einen Job finden sollen.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Kämpfe nicht auf einen Bereich zu beschränken, sondern die Kämpfe auszuweiten und sich weltweit solidarisch zu erklären mit anderen Protestierenden. So steht es auch im Manifest von „La complu". sk

Zum Weiterlesen (auf spanisch):
lacompluenlacalle.blogspot.com.es





Hauptsache reformieren?

Sekundarschulen und "JüL" - und jetzt?

Dass Reform nicht Verbesserung, auch keine ganz kleine, sondern erstmal nur Änderung bedeutet, ist eine Binsenweisheit. So war es auch eine der Hauptforderungen der Bildungsstreikbewegung, die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre zurückzunehmen. Zum einen, weil es den Druck auf die SchülerInnen weiter erhöhte, ihnen fast allen Raum für eigene Interessen nahm. Zum anderen aber auch, weil der einzige Zweck dieser Reform darin besteht, die AbsolventInnen früher dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, zumindest wenn sie sich durchgesetzt hatten und nicht sowieso ein Jahr wiederholen mussten. Dabei stand die Regierungsrhetorik dieser Erkenntnis direkt entgegen: Deutschland sei eine Bildungsrepublik, die Kinder „unsere" Zukunft, und so weiter. Der rot-rote Berliner Senat schien diesen Worten auch Taten hinzuzufügen und verabschiedete in den letzten Jahren eine ganze Latte an Reformen. Doch Skepsis ist angebracht. Schauen wir uns daher ein paar von ihnen genauer an.

Integrierte Sekundarschule – oder: small numbers are beautiful

Seit dem Schuljahr 2010/2011 gibt es in Berlin keine Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen mehr: Sie alle wurden zur sogenannten Sekundarschule zusammengestampft. Wie der Name schon sagt, bedeutet sie nicht das Ende der Selektion, sondern lediglich die Reduzierung der Abstufungen. Dass es nicht zu der von den verantwortlichen Parteien selbst propagierten Gemeinschaftsschule kam, hat zweierlei Gründe: Zum einen sollten den „bildungsbürgerlichen" BefürworterInnen einer Elitebildung ihrer Kinder nicht zu sehr verschreckt werden. Zum anderen bildet die Schulstruktur auch nur jene Klassengesellschaft ab, die spätestens im Berufsleben wirksam wird. Durch die verschiedene Schulformen wird diese Selektion aber bereits sehr früh zementiert, ein Ausbrechen aus der sozialen Schicht der Eltern so gut wie unmöglich gemacht. Auch eine Sekundarschule mit formell gleichen Abschlussmöglichkeiten und Zentralabitur bzw. Zentral-MSA hat diese Funktion noch: Wer an einem Gymansium sein Abitur mit eher schlechten Noten abschließt und folglich eine Ausbildung anstrebt, hat damit automatisch einen „Wettbewerbsvorteil" gegenüber SekundarschülerInnen, insbesondere jenen mit niedrigeren Abschlüssen.

Jahrgangsübergreifendes Lernen ab fünf

Die Unterordnung von eigentlich gut gemeinten Zielen unter den Zweck der Arbeitsmarktfähigkeit zeigt sich auch am anderen Ende der Schullaufbahn sehr deutlich – am jahrgangsübergreifenden Lernen, welches die ehemaligen ersten und zweiten Klassen betrifft. Hier soll ein individuelles Lernen nach eigenem Tempo ermöglicht werden. Zum Bedauern von Schulen und Senat nutzt eine zunehmende Anzahl von Kindern dieses Angebot auch, und verbleibt länger in der Schulanfangsphase. Entsprechend lehnen viele Schulen die Umsetzung ab, der Senat will das durch aufwendige Anträge unattraktiver machen. Dabei ist er an der Situation durchaus selbst Schuld: Zum einen wurden schlicht und ergreifend zu wenige LehrerInnen eingestellt, welche die jungen SchülerInnen tatsächlich individuell betreuen könnten. Zum anderen sind viele noch gar nicht reif für den normierten Stoff, da sie bereits mit 5 1/2 Jahren eingeschult werden müssen. Diese Neuerung ist vielleicht aus der Erkenntnis gewachsen, dass SekundarschülerInnen ja sonst genau so spät in die internationale Konkurrenz treten könnten, wie GymnasiastInnen vor G8. Es hilft aber auf jeden Fall dabei, den Widerspruch zwischen konformen Lernziel und freier Pädagogik unauflösbar zu halten.

One struggle!

Es zeigt sich also, dass Bildungspolitik kein Feld ist, dass gesondert betrachtet werden kann, in das einfach nur mehr Geld gepumpt werden müsste und dass sich dann ganz frei von anderen Interessen formen lässt. Zwar gibt es solch idealistische Initiativen durchaus und in der Tat auch innerhalb des Systems einige Möglichkeiten, die Bildungsmaschenerie menschlicher zu gestalten. Auch Geld gehört dazu, bedenkt man die immer noch sehr prekäre Ausstattung vieler Schulen. Aber diese Versuche werden immer wieder von „Alternativlosigkeiten" wie der Staatenkonkurrenz und der Notwenigkeit zur Züchtung einer Elite und einem arbeitsfähigen Bodensatz korrumpiert – dass bei Arbeiten immer eine gaußsche Normalverteilung herauskommen soll, ist schließlich kein Zufall. Daher müsste eine wirklich emanzipatorische Bildungsbewegung auch den Kampf gegen Standortlogik, Hartz IV und letztendlich den Kapitalismus als Ganzes auf ihre Fahnen schreiben.

SK





Geteiltes Leid ist halbes Leid

Die Idee einer Hausaufgabenbörse

Hausaufgaben machen? Das raubt Zeit und Nerven! Wie wäre es denn, wenn man immer alle Hausaufgaben hat, diese aber nicht jedes Mal selbst machen muss? Der folgende Artikel soll die Grundzüge einer Hausaufgabenbörse darstellen.

Die Grundidee

Eine Person erledigt eine Hausaufgabe und gibt diese dann an die anderen weiter. Die sollten natürlich die erledigten Aufgaben am besten abschreiben und ggf. ein wenig verändern, sodass nicht gleich ersichtlich wird, dass alle von einer Person abgeschrieben haben. Die Hausaufgaben werden so aufgeteilt, dass alle ungefähr gleich viel zu tun haben. Bei der Aufteilung sollte möglichst auch darauf geachtet werden, wer welches Fach am Besten kann.

Das A und O

Voraussetzung für so eine Hausaufgabenbörse ist Vertrauen und Zuverlässigkeit. Alle müssen darauf zählen können, dass eine Aufgabe auch rechtzeitig und so gut wie möglich erledigt wird, wenn sie jemand übernimmt. An sich sollte das kein Problem sein, da man ja durch das Aufteilen der Hausaufgaben viel Zeit gewinnt. Wenn jemand mal doch eine Aufgabe nicht erledigen kann, obwohl das so abgesprochen war, sollte dies rechtzeitig an alle anderen kommuniziert werden.

Die Organisation

Am einfachsten ist, diese Idee mit bis zu vier Leuten zu realisieren. Es kann sich ganz einfach in der Pause nach der Stunde abgesprochen werden, wer die erteilte Hausaufgabe übernimmt. Die fertige Aufgabe kann dann in einer Mail an alle anderen geschickt werden.

Doch auch mit mehr Leuten bis hin zur ganzen Klasse ist das machbar. Hier sollten aber klare Absprachen im Vorhinein geschehen, wer welche Hausaufgabe erledigt, da eine große Gruppe nicht so flexibel ist, wie eine kleine. Möglich wäre zum Beispiel die Absprache: Person X übernimmt die nächste Hausaufgabe in Mathe, Person Y die danach und so weiter… Die fertigen Hausarbeiten werden dann über eine E-Mail-Liste an alle weitergegeben. Bei einer solch großen Gruppe kann jedoch auch darüber nachgedacht werden, ein Internetforum zu benutzen. Hier können Absprachen geschehen und die fertigen Hausaufgaben hochgestellt werden. Die Möglichkeit, hochgestellte Texte zu bearbeiten, ist hier sehr von Vorteil, da so Fehler von anderen nachvollziehbar korrigiert werden können.

Stress mit LehrerInnen

Die Hausaufgaben sollten am Besten nicht einfach kopiert werden, vor allem nicht bei umfangreicheren Textaufgaben. Ein paar Sätze anders zu formulieren, ist wahrscheinlich mindestens nötig, um bei den LehrerInnen nicht aufzufliegen. Falls dies doch mal der Fall sein sollte, behauptet einfach, ihr hättet die Hausaufgaben zusammen gemacht habt und sie seien deshalb sehr ähnlich. Das ist ja schließlich nicht verboten und sollte als gemeinsame Gruppenarbeit sogar eher gelobt werden.

Alles hat seine Nachteile

Durch eine Hausaufgabenbörse spart ihr euch viel Zeit. Wahrscheinlich wird dadurch auch der Zusammenhalt und die Koordination der Mitwirkenden gestärkt. Doch es sollte auch Folgendes bedacht werden: Dadurch, dass man selbst nur noch einen Bruchteil der Hausaufgaben erledigt, kann man schnell aus dem Unterrichtsstoff des Faches raus kommen. Die Folgen könnten schlechte mündliche, sowie schriftliche Noten sein. Hier könnte die Überlegung angestellt werden, nicht nur Hausaufgaben zu machen, wenn man mal wieder an der Reihe ist, sondern auch, falls man es für sich selbst als sinnvoll erachtet. Wenn mehrere Menschen eine Aufgabe erledigen und diese dann allen schicken, kann dies auch nur von Vorteil sein. Auch können im Rahmen einer solchen Börse Lerntreffen organisiert werden, um am Ball zu bleiben.

Anregung statt Anleitung

Dieser Text soll nur grundlegende Gedanken äußern, wie so eine Hausaufgabenbörse ablaufen könnte. Letztendlich muss die Praxis zeigen, was für euch mit euren speziellen Umständen das Beste ist. SK





Wir wollen selbst entscheiden

Partizipative Pädagogik am Beispiel des T.E.K.-Jugendladens

Die Till-Eulenspiegel Kette e.V. (T.E.K.) leistet seit den 70er Jahren Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe in Kreuzberg-Friedrichshain. Entstanden ist sie im Rahmen der sozialen Bewegung gegen die geplante Umstrukturierung des Kiezes und verfolgt einen selbstverwalteten, politisch engagierten Anspruch.
Die T.E.K. arbeitet im Kollektiv: Die betrieblichen Strukturen sind non-hierarchisch, es gibt keine Chefs – alle Festangestellten sind gleichberechtigt und Entscheidungen werden basisdemokratisch entschieden.
Zum Träger gehören vier Kinderläden sowie ein Jugendladen, der sich unmittelbar am Schlesischen Tor befindet. Der Jugendladen soll ein Ort der (interkulturellen) Begegnung sein, an dem Jugendliche ihre Freizeit aktiv und auf freiwilliger Basis gestalten können. U.a. werden dort ein Yoga-Kurs, VoKü oder das Gestalten von T-Shirts in der Siebdruckwerkstatt angeboten.

Transparent und gleichberechtigt

Die oben genannten hierarchiefreien, basisdemokratischen und partizipativen Ansätze finden sich auch im pädagogischen Konzept des Jugendzentrums wieder. Ein wichtiges Prinzip ist dabei die Teilnahme aller im Sinne der Selbstverwaltung. Dazu gehört, dass die SozialarbeiterInnen alle Abläufe transparent gestalten, und die Jugendlichen an allen Entscheidungen im Jugendzentrum beteiligt sind.
Entscheidungsorgan ist das wöchentliche Gruppenplenum, welches im Café, dem offenen Bereich des Jugendladens, stattfindet. Zu Beginn eines jeden Plenums wird eine/r der Jugendlichen als ProtokollantIn bestimmt. Danach werden Punkte gesammelt, über die diskutiert bzw. entschieden werden soll. Dazu zählen die Planung gemeinsamer Aktivitäten, Konflikte innerhalb der Gruppe, die Aufnahme von Neumitgliedern oder die Aktualisierung von Regeln. Bei Entscheidungen ist der Konsens, also die Zustimmung aller, angestrebt. Kann das nicht erreicht werden, wird abgestimmt. Alle anwesenden Mitglieder, ob JugendlicheR oder SozialarbeiterIn haben dabei eine Stimme. Jede Woche wird zudem besprochen, welche (unentgeltlichen) Dienste von den Jugendlichen übernommen werden. Dazu gehören Tresen-Schichten im offenen Café, Kochen und das Reinigen der Räumlichkeiten.
Mitgliedern ist es immer möglich, am Gesamtplenum des Vereins teilzunehmen, um z.B. Kritik an den SozialarbeiterInnen zu äußern.

In die Gruppe wachsen

Wer festes Mitglied der Gruppe werden möchte, muss sich zunächst in einer sechs-monatigen „Probezeit“ aktiv an der Gestaltung des Jugendladens beteiligen. Das heißt z.B. die genannten Dienste übernehmen, regelmäßig am Plenum teilnehmen und die gemeinsam erarbeiteten Regeln einhalten und weitervermitteln. Aktive Mitglieder haben dann die Möglichkeit beim Plenum, einen eigenen Schlüssel für das Jugendwohnzimmer zu beantragen. Das ist der geschlossene Bereich für Mitglieder, den die Jugendlichen auch selbstständig außerhalb der regulären Öffnungszeiten des Cafés nutzen können.
Bei Regelverstößen entscheiden nicht die SozialarbeiterInnen alleine über die daraus folgenden Konsequenzen, sondern ebenfalls die Gruppe bzw. das Plenum. Bei der direkten Konfrontation mit Gleichgestellten sollen Kritik und Anregungen eher reflektiert werden, als bei einer Bestrafung durch eine „Autorität von oben“.

Miteinander lernen

Das Konzept der Partizipation stärkt das Gruppengefühl und die soziale Integration. Die Jugendlichen übernehmen Verantwortung für sich und andere. Das dadurch resultierende Erfahren von Anerkennung stärkt das eigene Selbstvertrauen, die Selbstwertschätzung. Im „Schutzraum“ Jugendzentrum werden soziale Kompetenzen wie Motivation, Kooperation, Kommunikations- und Kompromissfähigkeit, Konfliktlösungsstrategien, Empathie etc. mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive vermittelt. Das Ziel ist die Förderung eines friedlichen, menschlichen Miteinanders sowie die Aufhebung von Vorurteilen und Grenzen z.B. in Bezug auf Kultur oder Geschlecht. SK





Unruhe in Betrieben und Berufsschulen

Die westdeutsche Lehrlingsbewegung 1968-1972

Mit dem Stichwort „1968“ verbindet man heutzutage in erster Linie den politischen und kulturellen Aufbruch von Studierenden, manche wissen auch, dass es zu der Zeit eine Schülerbewegung gegeben hat. Weitgehend vergessen ist dagegen, dass auch Lehrlinge und junge Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bundesrepublik revoltierten. Dies geschah allerdings mit gewisser zeitlicher Verspätung im Vergleich zu Universitäten und Gymnasien. Die Anfänge einer spezifischen Lehrlingsbewegung lassen sich auf die Jahreswende 1968/69 datieren. Zu diesem Zeitpunkt kam es zu einer Zunahme von Protesten gegen die Zustände in der Berufsausbildung, symbolische Aktionen und erste Demonstrationen wurden durchgeführt. In Städten wie Hamburg, Dortmund, Köln oder München bildeten sich erste unabhängige Lehrlingsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.

Angestoßen von den Protesten der Studierenden und allgemein der Außerparlamentarischen Opposition (APO) wurde auch die Situation der Berufsausbildung kritisch hinterfragt. Von den 1,3 Millionen Lehrlingen, die es 1968 in der Bundesrepublik gab, waren 35 Prozent im Handwerk und 65 Prozent in Industrie und Handel beschäftigt. Insbesondere in kleineren und mittleren Betrieben, in denen 90 Prozent der Lehrlinge ausgebildet wurden, dominierten noch autoritäre Erziehungsmethoden und eine patriarchalische Stellung des Meisters. Lehrlinge wurden zum Bierholen, Fegen der Werkstatt oder Privatarbeiten für den Meister verdonnert. Diese Beschäftigungen wurden seit 1968 zur Zielscheibe der Kritik der Lehrlingsbewegung: „Ausbildung statt Ausbeutung“ und „Lehrzeit – keine Leerzeit“ waren die Parolen auf Demonstrationen. Kritisiert wurde auch, dass die Lehrlinge – anstatt etwas zu lernen – zur produktiven Arbeit herangezogen wurden und faktisch als billige Arbeitskraft ausgebeutet wurden: „Brauchst Du ´nen billigen Arbeitsmann, schaff Dir einen Lehrling an“. Gleichzeitig revoltierten Lehrlinge gegen ihre Behandlung in den Betrieben, die als „Untertanenfabriken“ bezeichnet wurden, und stellten die autoritäre Rolle von Meistern und Ausbildern in Frage.

Eine wichtige Rolle beim Aufkommen der ersten Proteste spielten organisierte linke StudentInnen, die nach den großen Protesten von 1967/68 nach neuen Betätigungsfeldern suchten und sie u.a. in der Arbeit mit Lehrlingen und jungen Arbeiterinnen und Arbeitern fanden (ein anderes Feld war beispielsweise die „Randgruppenarbeit“ mit Jugendlichen aus Heimen oder Rockern). Dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ging es darum, Kontakte zum „Proletariat“ herzustellen, und dafür schien die Agitation unter Lehrlingen am Erfolgversprechendsten. In Hamburg beispielsweise wurde 1969 ein „Sozialistisches Lehrlingszentrum“ (SLZ) gegründet, in dem Studierende und Lehrlinge zusammenkamen. An anderen Orten ging die Initiative dagegen von Berufsschullehrern aus, so in Essen, wo sich 1968/69 Arbeitsgemeinschaften gewerblicher und kaufmännischer Lehrlinge bildeten.

Ein ambivalentes, aber meist konfliktreiches Verhältnis hatten die entstehenden Lehrlingsgruppen zu den Gewerkschaften. In den späten 1960er Jahren standen viele Jugendliche und Auszubildende den großen Gewerkschaften kritisch gegenüber, da sie als in das System integriert wahrgenommen wurden. Ebenso skeptisch beäugten die zumeist sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre die Revolte der Jugend. In Hamburg eskalierten die Konflikte am 1. Mai 1969, als eine Demonstration von APO-Gruppen, darunter auch das SLZ, die traditionelle Mai-Kundgebung des DGB sprengte, es





flogen Farbbeutel und auf den Gastredner Willy Brandt wurde eine Leuchtrakete abgeschossen.

In den folgenden Monaten gelang es linkssozialistischen StudentInnen im Hamburger DGB, sich für ein neues Konzept der offenen Jugendarbeit durch die Gewerkschaften stark zu machen. Im Rahmen der Gewerkschaftsjugend wurde ein offener Treff auch für nicht gewerkschaftlich organisierte Jugendliche eingerichtet, der sich zwischen 1969 und 1971 zum Zentrum der Lehrlingsproteste vor Ort entwickelte. Dieses Modell gab auch bundesweit den Anstoß zu einer Hinwendung des DGB zur Jugend. 1970 existierten etwa 150-200 Lehrlings- und Jungarbeitergruppen, von denen die meisten im gewerkschaftlichen Rahmen arbeiteten. Den Gewerkschaften war es erfolgreich gelungen, die Lehrlingsproteste in Form neuer offener Jugendgruppen zu integrieren. Nachdem immer stärkere Kritik an den Lehrlingszentren laut geworden war (diese seien aktionistisch, sie würden die Arbeiterklasse in jung und alt spalten, sie würden Betriebsarbeit verhindern und „linksextremen“ politischen Gruppen eine Plattform bieten), wurden diese allerdings 1972 vom DGB wieder fallengelassen, ein Niedergang der Bewegung setzte ein. Auch die aus der Zerfallsmasse der Studentenbewegung entstandenen diversen kommunistischen Gruppen setzten verstärkt auf Betriebs- oder Gremienarbeit, so dass die offenen Lehrlingszentren nur noch wenige Fürsprecher fanden.

Jenseits dieser „institutionellen“ Entwicklungen war es in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren zu einem realen Aufbegehren in den Betrieben und Berufsschulen gekommen. Die zeitgenössisch als „Unruhe der Jugend“ bezeichnete Entwicklung machte sich auch hier bemerkbar. Das reichte vom Ausdruck individueller Unzufriedenheit bis hin zu kollektiven Aktionen und vereinzelt sogar zu Lehrlingsstreiks. Oftmals entzündeten sich Konflikte am Gefühl, Schikanen von Meistern oder Ausbildern ausgesetzt zu sein. Unangepasstes Verhalten begann in manchen Fällen schon mit der Haartracht männlicher Lehrlinge. So begründete die Lufthansa das Verbot von langen Haaren bei Auszubildenden mit der Feststellung, der „langhaarige Typ“ sei „meist weniger anpassungsfähig“. Viele politisch aktive Lehrlinge begannen auch im Betrieb zu agitieren, hängten kritische Flugblätter am Schwarzen Brett aus oder gaben Lehrlings- oder Betriebszeitungen heraus, in denen Missstände angeprangert wurden. Die Folge waren oftmals Entlassungen oder die Verweigerung der Übernahme von Lehrlingen. In einigen Betrieben kam es zur Bildung von Lehrlingsgruppen und kleineren kollektiven Aktionen. Bei Tarifverhandlungen mischten sich zunehmend auch Auszubildende mit ein, die die Gewerkschaften beispielsweise mit Demonstrationen oder eigenständigen Resolutionen (teilweise über die Gewerkschaftsjugenden) unter Druck setzten. In einigen wenigen Fällen kam es auch zu eigenständigen Lehrlingsstreiks, so im November 1970 in Frankfurt am Main. Dort legten die 120 gewerblichen Lehrlinge der Stadt, die in einer Lehrlingsausbildungswerkstätte (LAW) zusammengefasst waren, gemeinsam die Arbeit nieder, um sich gegen drei Entlassungen zu wehren sowie gegen die Regelung, dass sie während der Probezeit in andere Berufe versetzt werden konnten. Der mit der faktischen Besetzung der LAW einhergehende Streik endete erfolgreich.

Auch wenn um 1972 der Höhepunkt der Lehrlingsproteste vorüber war, bildeten sich im Laufe der 1970er Jahre immer wieder unabhängige Lehrlingsgruppen. Für die DGB-Gewerkschaften hatte die Bewegung eine spürbare Aktivierung der Jugendarbeit mit sich gebracht, auch wenn die neuen Formen offener und aktionsorientierter Lehrlingszentren relativ schnell wieder beerdigt worden waren. Ein Blick zurück auf die Geschichte antiautoritärer Proteste in den Betrieben kann allerdings auch heute noch lohnend sein, um die Veränderungen in der beruflichen Bildung seit damals zu verstehen und einen Umgang mit der heute praktizierten Ausbeutung schlecht bis unbezahlter jugendlicher Arbeitskraft (beispielsweise in Form von Praktika) zu finden. SK

David Templin

Zum Weiterlesen:

David Templin: *„Lehrzeit – keine Leerzeit!“ Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968-1972 (Hamburger Zeitspuren, Band 9), Hamburg 2011.*

Knud Andresen: *Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968 bis 1972. Konturen eines vernachlässigten Phänomens, in: Peter Birke/Bernd Hüttner/Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 57), Berlin 2009, S. 87-102.*

Hans-Jürgen Haug/Hubert Maessen*: Was wollen die Lehrlinge?, Frankfurt a. M. 1972 (2. Auflage).*



Weltliche Schulen

Schulstreiks in der Weimarer Republik

Die Bestrebungen nach Alternativschule sind nicht neu, schon in den 1920er Jahren kämpften und streikten SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen für das Recht auf freie Bildung, Mitbestimmung und kreativer Pädagogik. Entbrannte der Kampf zunächst um die Trennung von Staat und Kirche im Bildungswesen, forderten AnarchosyndikalistInnen mehr: Die Errichtung von "modernen Schulen", die antiautoritär und weltlich-rational unterrichten sollten.

Im Frühjahr 1921 kam es in der ganzen Weimarer Republik zu teilweise monatelangen Schulstreiks. Das Ziel waren "Weltliche Schulen" oder "Gemeinschaftsschulen", über die verschiedene Vorstellungen bestanden. Gemäßigtere Positionen forderten lediglich eine religionsfreie Schule, andere wollten eine proletarische Erziehung frei von bürgerlichen Einflüssen, AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen forderten sogenannte Ferrer-Schulen. Diese sollten Bildung "auf das große Naturgesetz der Solidarität" gestützt, der Kontrolle von Staat und Kirche entzogen, zum "Motor revolutionärer Veränderungen" gemacht werden.

Die rheinländische „Schöpfung", eine anarchosyndikalistische Zeitung welche von 1921 bis zu ihrem Verbot 1923 herausgegeben wurde, war ein wichtiges Sprachrohr für die Streikenden. Im September 1921 legte sie Gedanken über die Umsetzung der proletarische Erziehung wie folgt dar: "Warum lehrt man den Kindern nicht mehr Naturheilkunde und die Wissenschaft der Heilkräuter? […] Mehr Belehrung über Gesundheitslehre und wirtschaftliche Verhältnisse […] Ein Kind soll in der Jugend erfahren, vor allen Dingen, daß es seinen KameradInnen, im Kampfe jeder Art, die nötige Solidarität entgegenbringt. […] Die Kinder müssen mehr Abwechslung haben, sonst wird ihnen die Schule leid! […] Vom fünften bis zum achten Lebensjahr müßten die Kinder in einem Garten spielen, von acht bis zehn Jahren sollen sie sich vor allem in der Natur aufhalten."

Im Umfeld der damaligen FAUD (Freie Arbeiterunion Deutschland) bestand meist ein dreistufiges Konzept zur Erreichung freier Schulen.

Die erste Stufe würden dabei die freien Kindergruppen bilden. In den Jahren zwischen 1921 und 1933 gab es immer wieder solche Gruppen, die neben Naturkunde-, Mathe- und Deutschunterricht, auch Theater und Volkstanz unterrichteten, Fahrten und Wanderungen organisierten, Plätze für Erzähl- und Gesprächskreise einrichteten.

In der zweite Stufe, der "Gemeinschaftsschule", würden die spielerisch gemachten Erfahrungen mit SchulkameradInnen, Natur, NachbarInnen usw. ergänzt durch gemeinsame Gespräche, in denen weiter über die Gestaltung der Gesellschaft, der naturgemäßen Lebensweise und der Grundlage gegenseitiger Hilfe diskutiert wird.
Die dritte Stufe bezeichnet Arbeitsschule (Ferrer) und Lebensgemeinschaft (die praktisch nicht erreicht wurde): "In der Arbeitsschule wird nicht mehr, wie bisher im wesentlichen Sehen, Hören, Schreiben, Berechnen, Zeichnen gelehrt. Hier wird die Hobelbank zur Rechentafel, das Gemüsebeet zum Zeichenbrett für die Pflanzenreihen,der Kochherd zur Wärmekraftmaschine. Hier wird die Richtigkeit der Kopfarbeit selbst geprüft am Genuß und Gebrauch der gefertigten Werkzeuge und gezogenen und zubereiteten Nahrungsmittel" (Die Schöpfung). Die Mitarbeit der Eltern am Unterricht bzw. der Unterrichtsvorbereitung wäre eine Voraussetzung dafür; denn ein antiautoritäres Programm proletarischer Erziehung vollziehe sich in allen Lebensbereichen. ProletarierInnen sollten ihren Kindern eben nicht nur Sozialismus predigen, sondern sie auch entsprechend erziehen und in weltliche Schulen schicken.

Die Erfolge dieser Bewegung liegen in der praktischen Erfahrungen, die in den freien Kindergruppen und den Gemeinschaftsschulen gemacht wurden, sowie der Übergang einiger Schulen hin zu konfessionslosen Schulen. „Der Untertänigkeitszustand, der blinde Autoritätsglaube" und die Prügelstrafe blieben jedoch in den meisten Schulen, die weiterhin Kinder zu gehorsamen Untertanen der bürgerlichen Gesellschaft erzogen (und erziehen). SK

Quelle:
syndikalismusforschung.info/flammelebt.htm



Bildet euch, bildet andere – Bildungsgewerkschaft!

Erkenntnisse aus den schlechten Bedingungen im Bildungsbereich

Bildungsalltag und Gesellschaft
Durch Bildung und Erziehung lernen junge Menschen, mit Anderen umzugehen und sich in einer größeren Gemeinschaft zurecht zu finden, die immer schon vor ihnen da ist. Was in Kita, Schule oder Uni geschieht hat daher natürlich großen Einfluss auf die Gestalt der Gesellschaft, es wird aber zugleich auch von ihr bestimmt. Und so ist es nicht verwunderlich, dass heutzutage der Leistungs und Konkurrenzgedanke auch den Bildungsalltag bestimmt: Überall wird mit Tests, Gutachten und Noten ausgesiebt. Bildung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen eben nur Wettbewerbsvorteile gegenüber den Mitmenschen verschaffen, nicht aber zu einer anderen Gesellschaft führen.

Bildungsinstitutionen und Wirtschaft
Auch die Bildungsinstitutionen sind ein Kind ihrer Zeit: Hochschulen und Universitäten bieten statt der teuren Lehre lieber profitable Forschungsdienstleistungen an. Durch Gebühren, staatliche Förderung und Lohndumping werden private Bildungseinrichtungen zunehmend profitabel; sie haben jedoch oft kein besonderes pädagogisches Konzept, sondern vor allem einen Businessplan. Vereine und Verbände müssen in ihrer Bildungsarbeit immer häufiger schnell messbare Erfolge vorweisen, statt langfristige Konzepte umsetzen zu können. Kritische Inhalte oder Lernen als offener Prozess haben es unter diesen Bedingungen immer schwerer und schlechte Arbeitsbedingungen greifen überall im Bildungsbereich um sich.

Mitbestimmung und Demokratie
Und selbst da, wo im Bildungsbereich Mitbestimmungsrechte bestehen, ist der tatsächliche Einfluss der verschiedenen Akteure eng beschränkt. KritikerInnen meinen, man lerne hier vor allem, die bestehenden Hierarchien und Regeln zu akzeptieren und sich mit Beteiligung an nebensächlichen Entscheidungen zufrieden zu geben. Demokratie lernen sieht anders aus…

Alles Mist?!?
Nun kann man solch große Probleme zwar ziemlich entmutigend finden, aber wir haben eigentlich keine Lust dazu, einfach alles hinzuschmeißen. Stattdessen wollen wir langfristig eine kämpferische und basisdemokratische Bildungsgewerkschaft aufbauen, die sich nicht im Alltagsbetrieb der Institutionen oder dem kurzfristigen Protest erschöpft. Wir wollen kontinuierlich und mit direkten Aktionen für unsere Belange kämpfen. Nur so können wir dauerhaft Einfluss auf den Arbeits- und Bildungsalltag nehmen.
In unserer Organisation soll darum Platz sein für alle Menschen aus dem Bildungsbereich, die sich gegen die Verhältnisse wehren und sie überwinden wollen – unabhängig von ihrer Statusgruppe. Ob Lehrende, Auszubildende, Reinigungs- und Mensakräfte, PraktikantInnen, FreiberuflerInnen Studierende oder Verwaltungsangestellte: Das Syndikat ist ein Raum, in dem Menschen sich selbst befähigen und in Arbeitskämpfen verbindliche Solidarität miteinander üben.

Aller Anfang…
Zu Beginn backen wir natürlich kleine Brötchen: Wir besehen uns Arbeitsverträge und bilden uns in Rechtsfragen fort, wir setzen Arbeitsschutzrechte durch, tragen zu kleinen Verbesserungen im Unialltag bei. Doch geht es dann auch sehr schnell um größere Brötchen: Wir helfen selbständigen PädagogInnen dabei, eine Lobby gegenüber ihren AuftraggeberInnen aufzubauen und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, es werden Honorartarife ausgehandelt oder Arbeitsverträge durchgesetzt.

Ums Ganze
Die Bäckerei zu übernehmen ist freilich noch kein Nahziel: Die Mechanismen der Ökonomisierung, der Selektion und sozialer Spaltung (nicht nur) im Bildungsbereich können wir nur durch eine breite solidarische Organisation aushebeln. Sie muss aber auch das Ganze in den Blick nehmen. Wir verbinden darum das Streben nach konkreten Verbesserungen in unserem Lern- und Arbeitsumfeld mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive, indem wir auf eine Veränderung von unten abzielen. SK



AS What?!

Die Anarchosyndikalistische Jugend Berlin versteht sich als Kultur- und Kampforganisation nach Selbstverwaltung strebender Jugendlicher. Ziel ist es, die gesellschaftliche Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen umzusetzen, um so letztendlich eine Gesellschaft ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen zu verwirklichen. Ihre Mitglieder setzen sich zusammen aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen mit und ohne Arbeit. In unserer alltäglichen Arbeit organisieren wir sowohl kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Lesungen, Info- und Diskussionsabende, Filmvorführungen, Konzerte und Partys, aber auch unsere eigenen Bedürfnisse z.B. in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, etc. Die Mittel zur Durchsetzung unserer Bedürfnisse wählen wir selbst und gemeinsam. Dabei können Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, aber auch direkte Aktionen wie Blockaden, Streiks und Besetzungen eine Rolle spielen. Es erscheint uns als sinnvoll und notwendig alltägliche politische, soziale und ökonomische Kämpfe mit unseren herrschaftsfreien Ideen und Anschauungen zu verknüpfen. Wenn Du also deine Interessen und Bedürfnisse nicht mehr anderen überlassen, sondern selbst handeln willst, komm zu uns! Lass uns kreativ daran arbeiten und gemeinsam und solidarisch Lösungen finden.

Wir treffen uns jede Woche dienstags um 18.30 Uhr im FAU-Lokal Lottumstraße 11 (U Rosa-Luxemburg-Platz, U Rosenthaler Platz).

ASJ-Gruppen

Berlin
asjberlin.blogsport.de
asj-berlin@riseup.net

Bielefeld
selbamachen.blogsport.eu
selbAmachen@riseup.net

Bonn
asjbonn.blogsport.de
asjbonn@riseup.net

Göttingen
asjgoe.blogsport.de
asjgoe@riseup.net

Herne/Recklinghausen
asjruhrpott.blogsport.de
asjruhrgebiet@riseup.net

Köln
agkoeln.blogsport.de
agkoeln@riseup.net

Leipzig
asjl.blogsport.de
asj-leipzig@riseup.net

Siegburg
libertaerejugendsu.blogsport.de
libertaerejugendsu@riseup.net


Das Schwarze Kleeblatt gibts jetzt auch auf facebook!





Termine

Montag 31.12.2012 | 22:45 Uhr | Silvester zum Knast | U Turmstraße
Lasst uns gemeinsam am 31. Dezember 2012 gegen Gefängnisse und Zwangsanstalten demonstrieren, um unsere Solidarität mit den Gefangenen auszudrücken. Nachmittags gehen wir zum Lichtenberger Frauengefängnis und am Abend vor die JVA Moabit. "Grenzen und Mauern einreißen – für eine solidarische Gesellschaft!"

Donnerstag 03.01.2013 | 19 Uhr | Jung und Billig | FAU Lokal
Immer am 1. und 3. Donnerstag im Monat trifft sich die Minijob AG der ASJ Berlin. Wir bieten MinijobberInnen Beratung in Sachen Arbeitsrecht, Vernetzung mit KollegInnen und schauen mit euch auf euren Arbeitsvertrag. Wenn ihr also Hilfe braucht, oder aber an der „Jung und Billig"- Kampagne mitarbeiten wollt, kommt vorbei oder schreibt uns an unter info@minijob.cc

Samstag 12.01.13 | 19 Uhr | Kino und Konzert | Potse und Drugstore
Zum Anfang des Abends servieren wir im Drugstore Essen, kühle Getränke und einen Film.
Ab 21 Uhr gibt's dann ein Hardcore/Punk-Konzert in der Potse mit Lafftrack (HC-Trash aus Hannover), Nervous Nerds (HC Berlin) und M4 (Skatepunk Berlin) .
Genauere Infos folgen auf unserem Blog.
Alles findet in der Potsdamer Straße 180 (U7 Kleistpark / S1 Yorckstraße).

Donnerstag 17.01.2013 | 19 Uhr | Jung und Billig | FAU Lokal
Immer am 1. und 3. Donnerstag im Monat trifft sich die Minijob AG der ASJ Berlin. Wir bieten MinijobberInnen Beratung in Sachen Arbeitsrecht, Vernetzung mit KollegInnen und schauen mit euch auf euren Arbeitsvertrag. Wenn ihr also Hilfe braucht, oder aber an der „Jung und Billig"- Kampagne mitarbeiten wollt, kommt vorbei oder schreibt uns an unter info@minijob.cc

Samstag 19.01.13 | 19 Uhr | Tresen | Lunte – Weisestr. 53 (U-Bhf Boddinstraße [U8])
An diesem Samstag wird die AG Bildung der ASJ Berlin das Programm planen. Wie immer wird für das leibliche Wohl gesorgt. Genauere Infos wird es bald auf unserem Blog geben.

Da wir nur begrenzt Platz haben und auch nicht alle Termine schon zwei Monate im voraus feststehen, können hier nicht alle kommenden Termine festgehalten werden. Wenn ihr immer auf dem Laufenden bleiben wollt, schaut auf asjberlin.blogsport.de oder besucht uns bei Facebook.

V.i.S.d.P.: Anna Müller, Grünberger Str. 40, 10245 Berlin